

Akademiker/in für den Bereich Betrugsbekämpfung Steuer und Zoll

Im Bundesministerium für Finanzen-Zentralstelle gelangt im Bereich der Abteilung I/9 (Betrugsbekämpfung Steuer und Zoll) eine Planstelle der Verwendungsgruppe A 1 bzw. der Entlohnungsgruppe v1 unbefristet zur Besetzung.

Den Zuständigkeitsbereich der Abteilung I/9 entnehmen Sie bitte der aktuellen Geschäfts- und Personaleinteilung des Bundesministeriums für Finanzen.

Wertigkeit/Einstufung:	v1
Dienststelle:	Bundesministerium f. Finanzen-Zentralltg
Dienstort:	Wien
Vertragsart:	Unbefristet
Befristung:	
Beschäftigungsausmaß:	Vollzeit
Beginn der Tätigkeit:	ehestmöglich
Ende der Bewerbungsfrist:	02.09.2021
Monatsentgelt/bezug mindestens:	€ 2.820,40
Referenzcode:	BMF-21-1779

Aufgaben und Tätigkeiten

Der Aufgabenbereich des Arbeitsplatzes umfasst insbesondere:

- Erkennen und analysieren von Betrugsszenarien im Steuer- und Zollbereich, einschließlich strategischer Risikobewertung und Planung
- Teilnahme an internationalen Arbeitsgruppen (EU)
- Lösung juristischer und legistischer Fragen im Zusammenhang mit nationalen und EU-Vorschriften im Bereich der Betrugsbekämpfung (insbesondere Kontenregister- und Konteneinschugesetz)
- Laufende Erledigungen von Anfragen, Stellungnahmen, Ministerinformationen
- Erarbeitung von Unterlagen sowie Mitwirkung bei Schulungen und Präsentationen zu aktuellen Themen in der Betrugsbekämpfung

Als einer der attraktivsten Dienstgeber des Bundes bieten wir:

- Abwechslungsreiches und verantwortungsvolles Aufgabengebiet an zentraler Stelle des politischen Lebens in Österreich
- Angenehmes Arbeitsklima
- Moderne IT-Ausstattung
- Zahlreiche Weiterbildungsmöglichkeiten

- Gleitzeit
- Gute Vereinbarkeit von Beruf und Familie

Erfordernisse

- Erfüllung der allgemeinen Aufnahmeerfordernisse gemäß § 3 des Vertragsbedienstetengesetzes 1948, BGBl. Nr. 86
- Österreichische Staatsbürgerschaft oder unbeschränkter Zugang zum österreichischen Arbeitsmarkt
- Männliche Bewerber müssen den Grundwehr- oder Zivildienst (im Falle der festgestellten Tauglichkeit) absolviert haben.

Anforderungsdimensionen
<p>Ausbildung/Berufserfahrung</p> <ul style="list-style-type: none"> • Erfolgreicher Abschluss eines Hochschulstudiums der Rechtswissenschaften (Diplom- bzw. Masterstudium) • Mehrjährige praktische Erfahrung im juristischen Bereich, idealerweise im Steuerrecht von Vorteil • Kenntnisse zu administrativen Abläufen in der Verwaltung von Vorteil
<p>Fach- und Managementwissen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sehr gute Kenntnisse des Steuerrechts (besonders Umsatzsteuerrecht) • Gute Kenntnisse der Systematik des EU-Rechts • Erfahrung mit höchstgerichtlichen Verfahren (VwGG, VfGG) • Erfahrung mit Verfahrensrecht (BAO, AVG, VStG) • Verhandlungssichere Englisch-Kenntnisse, weitere Sprachen von Vorteil • Sehr gute EDV-Kenntnisse
<p>Lösungs- und Umsetzungskompetenz</p> <ul style="list-style-type: none"> • Selbständigkeit, Engagement, Eigeninitiative, Genauigkeit und Eigenverantwortlichkeit bei der Durchführung der übertragenen Aufgaben • Verständnis für juristische Problemstellungen und Fähigkeit zur umfassenden Behandlung von Rechtsfragen • Sach- und problembezogener zielorientierter Arbeitsstil • Ausgeprägtes ziel- und lösungsorientiertes Denken • Analytisches Denkvermögen • Fähigkeit, themenübergreifende Zusammenhänge zu erkennen • Sehr gutes schriftliches und mündliches Kommunikationsvermögen: Fähigkeit zur kurzen und prägnanten Darstellung schwieriger Sachverhalte und deren klare Kommunikation • Prozessorientiertes Denken und Verständnis für integrierte, komplexe Sachverhalte, Abläufe und Zusammenhänge
<p>Persönliche Anforderungen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Sehr gutes mündliches und schriftliches Ausdrucksvermögen • Überzeugungs- und Umsetzungskraft • Ausgeprägte Integrations- und Kommunikationsfähigkeit • Ausgeprägte Kooperationsfähigkeit und Teamfähigkeit • Verlässlichkeit • Belastbarkeit und Flexibilität • Eigeninitiative • Soziale Kompetenz • Ausgeprägte Bereitschaft zur Weiterbildung • Dienstreisebereitschaft

Gleichbehandlungsklausel

Der Bund ist bemüht, den Anteil von Frauen zu erhöhen und lädt daher nachdrücklich Frauen zur Bewerbung ein. Nach § 11b bzw. § 11c des Bundes-Gleichbehandlungsgesetzes werden unter den dort angeführten Voraussetzungen Bewerberinnen, die gleich geeignet sind wie der bestgeeignete Bewerber, bei der Aufnahme in den Bundesdienst bzw. bei der Betrauung mit der Funktion bevorzugt.

Bewerbungsunterlagen, Verfahren und Sonstiges

Gemäß § 71 Abs. 1 Vertragsbedienstetengesetz wird das Monatsentgelt des vollbeschäftigten Vertragsbediensteten des Entlohnungsschemas v durch die Entlohnungsgruppe und in ihr durch die Entlohnungsstufe bestimmt und beträgt mindestens Euro 2.959,50.

Gemäß § 66 Abs. 2 Z 1 Vertragsbedienstetengesetz erfolgt die Einstufung bis zum Abschluss der vierjährigen Ausbildungsphase in die niedrigste Bewertungsgruppe der Entlohnungsgruppe.

Während der Ausbildungsphase gebührt das Monatsentgelt des vollbeschäftigten

Vertragsbediensteten der Entlohnungsgruppe v1, abweichend vom § 71 Abs. 1

Vertragsbedienstetengesetz, nach § 72 Vertragsbedienstetengesetz und beträgt mindestens Euro 2.820,40. Es erhöht sich eventuell auf Basis der gesetzlichen Vorschriften durch anrechenbare Vordienstzeiten sowie sonstige mit den Besonderheiten des Arbeitsplatzes verbundene Entlohnungsbestandteile.

Das Auswahlverfahren erfolgt gemäß Unterabschnitt C des Ausschreibungsgesetzes (Aufnahmeverfahren mit Aufnahmegespräch).

Ihre Bewerbung sollte umfassen:

- einen Lebenslauf
- die wesentlichen Personaldokumente
- den Nachweis der in der Ausschreibung genannten Erfordernisse

Sie fühlen sich angesprochen? Dann schicken Sie uns Ihre aussagekräftige Bewerbung inkl. ausführlicher Darlegung, welche der geforderten Qualifikationen Sie mitbringen und warum gerade Sie sich als geeignet erachten (Motivationsschreiben) ausschließlich über das Online-System der Jobbörse.

Kontaktinformation

Abteilung I/2 des Bundesministeriums für Finanzen

